

ANTRÄGE

1) Hochwasserschutzmaßnahmen in der Salfeldstraße; Verrohrung des Straßengerinnes im Bereich des Grundstückes Nr. 466/1

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

2005 war das Jahr des großen Hochwassers in Graz, auch in Straßgang gab es damals große Überflutungen und viele StraßgängerInnen waren davon stark betroffen.

In der Salfeldstraße Kreuzung Martinhofstraße waren einige Jahre zuvor Grundstücke verkauft worden und junge Familien hatten sich den Traum eines Eigenheimes erfüllt. Leider wurde dieser Traum schließlich zum Albtraum und brachte die Menschen an den Rand eines finanziellen Desasters.

Das bebaute Grundstück war in der Vergangenheit immer überflutet und von Hochwasser gefährdet und trotzdem hat die Stadt die Baubewilligung ohne Einschränkungen gewährt.

Infolge des Jahrhunderthochwassers im Jahr 2005 wurden von Seiten der Stadt für die Bebauung auf der gegenüberliegenden Straßenseite und in der Umgebung Bodengutachten in Auftrag gegeben. Auf Grund dieser Gutachten mussten bei späteren Bauvorhaben überall Versickerungsbecken errichtet werden.

Nach dem großen Hochwasser haben die damaligen Wirtschaftsbetriebe als schnelle Hilfe das Straßengerinne im betroffenen Abschnitt in der Salfeldstraße mit Betonhalbschalen vergrößert und versucht, die Hangwässer so in den Griff zu bekommen. Erforderlich wäre aber auch die Vergrößerung der vorhandenen

Verrohrung gewesen, um das Wasser im Falle eines Starkregens auffassen zu können. Leider waren die finanziellen Mittel damals nicht vorhanden.

10 Jahre danach ist das Problem noch immer nicht gelöst, die BewohnerInnen müssen sich alljährlich bei Starkregenereignissen mit Sandsäcken schützen und haben bei der Feuerwehr Alarmstufe 1. Durch die Betonhalbschalen ist zwar das Wasser von der Straße weg, kann aber von der Verrohrung nicht aufgenommen werden und überschwemmt die angrenzenden Grundstücke.

Dieses Problem könnte durch eine Verlängerung der Verrohrung um ca. 70 Meter und einen größeren Durchmesser der Betonrohre behoben werden.

Trotz vieler Eingaben und Gespräche mit zuständigen Beamten sowie zuständigen Politikern hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegenteil: Die Betroffenen werden als lästig empfunden.

Nachdem die Behörden in diesem Fall eine Baubewilligung ohne Einschränkungen erteilt haben, ist die Stadt auch in der Verantwortung, das Problem zu lösen.

Im Namen der KPÖ Fraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die im Motivenbericht geschilderte Problematik zu überprüfen und schnellstmöglich eine Lösung in Angriff zu nehmen. Für die dafür notwendigen finanziellen Mittel ist eine budgetäre Vorsorge zu treffen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Zwischennutzung/Ökoparzellen

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Graz ist eine wachsende Stadt mit beschränktem Flächenangebot. Hier kommt es also besonders darauf an, mit den vorhandenen Flächen schonend und sinnvoll umzugehen. „Zwischennutzung“ wurde in den letzten Jahren immer wieder zum Schlagwort. D. h. brachliegende Flächen sollen bis zur endgültigen „Entwicklung“ zeitlich begrenzt für unterschiedlichste Zwecke genutzt werden. Gleichzeitig steigt in der Bevölkerung die Lust am „Garteln“ und der Wunsch nach gesunden Lebensmitteln. In Wien wird diesen Bedürfnissen mit sogenannten „Ökoparzellen“ teilweise Rechnung getragen. Gegen eine geringe Gebühr werden interessierten BewohnerInnen Parzellen mit 40 bzw. 80 m² zur Verfügung gestellt, diese sind bereits mit biologischen Gemüsesamen und -pflanzen bestellt und werden dann an die Gärtnerinnen und Gärtner übergeben. Die Verantwortung für Pflege und Ernte wird den NutzerInnen übertragen (siehe auch:

<http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/parzellen.html>)

Auch wenn in Graz andere Voraussetzungen und Zielsetzungen vorliegen, erachte ich dieses Modell der Ökoparzellen durchaus als überlegenswert für unsere Stadt.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob und auf welchen Flächen ein vergleichbares Modell von Ökoparzellen angeboten werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Schülerlotsen für die Volksschule Neuhart

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Schulweg in Graz birgt vor allem für die Kleinsten immer wieder Gefahren. Jedoch trägt die sehr sinnvolle Einrichtung von Schülerlotsen viel zur Entspannung der Situation im Umfeld von Schulen bei. In der Kärntner Straße liegt durch das enorme Verkehrsaufkommen und erhöhte Geschwindigkeiten ein verstärktes Gefahrenpotenzial.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, in Zusammenarbeit mit Direktion und ElternsprecherInnen der Volksschule Neuhart Schülerlotsen zur Sicherung des Schulwegs einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Grazer Märchenbahn evaluieren

GR. **Sikora** und GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei der im November 2014 neu eröffneten Grazer Märchenbahn ist die Kritik vieler märchenkundiger Kinder durchaus berechtigt.

Was bei der halbstündigen Fahrt mit der Grazer Märchenbahn im Grazer Schloßberg geboten wird, verursacht bei den zahlreichen Kindern durchwegs enttäuschte Gesichter statt leuchtender Augen. Die Vorfreude auf allseits bekannte Märchenfiguren wird bereits nach wenigen Minuten genommen. Moderne Licht- und Videoinstallationen können bekannte Märchenfiguren halt leider nicht ersetzen. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf.

In der Vergangenheit waren in den Stollen des Schloßbergs insgesamt 34 Märchendarstellungen aus Kunststoff aufgestellt, wie zum Beispiel Schneewittchen, Peter Roseggers Waldheimat, das tapfere Schneiderlein, Pumuckl, Riesenstiefel, Rumpelstilzchen, Tischleichen deck dich, Rotkäppchen, Frau Holle und der Froschkönig.

Die für die Gestaltung der Grazer Märchenbahn zuständigen Frida und Fred müssen daher dringend nachsetzen und vielleicht zusammen mit märchenerfahrenen Kindern nachjustieren. Eine gesunde Mischung zwischen dem vorhandenen Neuen und Altbewährtem, so hört man von Kindern, wäre wünschenswert.

Wir stellen deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, an *Frida und Fred* mit dem Anliegen heranzutreten, zusammen mit märchenerfahrenen Kindern eine Nachjustierung der Märchengrottenbahn – vor allem mit allseits bekannten Märchenfiguren – in Angriff zu nehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Securitas-KontrollorInnen – Übernahme in das Grazer Parkraumservice

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Groß war 2011 die Aufregung über die Meldung, dass 24 MitarbeiterInnen der Firma Securitas ein illegales Schwarzfahrssystem an Eingeweihte weitergaben. Dafür standen sie 2013 auch vor Gericht. Der Schaden belief sich damals im sechsstelligen Euro-Bereich. Die Angelegenheit wurde aber mittlerweile geklärt, die Schuldigen zur Verantwortung gezogen.

So, wie es jetzt jedoch aussieht, wird der Vertrag mit Securitas nicht mehr verlängert und die Kontrollen in den Öffis ab 2016 vom Grazer Parkraumservice durchgeführt.

Dass die Stadt Graz künftig die Fahrscheinkontrollen wieder selbst durchführen will, ist durchaus ein Schritt in die richtige Richtung und sehr begrüßenswert. Doch die Freude ist nicht ungetrübt.

Was auf den ersten Blick als vernünftig erscheint, ist jedoch beim zweiten Hinschauen ein schwerer Schlag für die Beschäftigten der Securitas, die ihren Job als KontrollorIn ernst nehmen und gut erledigen. Sie könnten bald ohne Arbeit dastehen.

Die Verantwortlichen der Stadt Graz sollten die schon geschulten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auffangen und in das Grazer Parkraumservice integrieren. Das wäre eine sinnvolle, kostensparende und faire Vorgehensweise im Interesse aller Beteiligten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie der Herr Finanz- und Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob die schon geschulten und erfahrenen MitarbeiterInnen in das Grazer Parkraumservice aufgefangen und integriert werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Tempo 50 in der Weinzöttlstraße

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Abschnitt der Weinzöttlstraße von der Kreuzung Grazer Straße bis zur Kreuzung beim Hofer/Baumax ist durch die anliegenden Siedlungen und Geschäfte stark von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen frequentiert. In diesem Teil ist - obwohl es sich hier um ein dicht besiedeltes Stadtgebiet handelt - die höchstzulässige Geschwindigkeit von 60 km/h erlaubt.

In der Arlandsiedlung leben viele Kinder, die auf ihrem Schulweg die Straße benützen. Auch eine Behinderteneinrichtung, deren BewohnerInnen ebenfalls die Straße mehrmals täglich nützen, befindet sich in der Siedlung.

Das derzeit geltende Tempolimit von 60 km/h im Ortsgebiet ist angesichts dessen viel zu hoch. In anderen Bereichen der Stadt – etwa im Bereich des Weblinger Gürtels/Puntigamer Straße - darf hingegen nur mit Tempo 50 gefahren werden. Hier wird sogar extra darauf hingewiesen, dass es sich um Stadtgebiet handelt. Im dicht bewohnten Gebiet in der Weinzöttlstraße wäre eine 50-km/h-Beschränkung noch um ein Vielfaches wichtiger.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklub folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats sowie der Herr Verkehrsstadtrat werden ersucht zu evaluieren, ob im angeführten Bereich das geltende 60-km/h-Tempolimit auf 50 km/h reduziert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Hundekotbeutel abbaubar

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Zuerst sei festgehalten, dass es uns hier nicht darum geht, wie die Kompostierung oder die Weiterverarbeitung der Hundekotbeutel stattfindet, sondern im Allgemeinen die Sackerl zu wählen, die am wenigsten Zeit brauchen, um zu verrotten.

Denn in der Stadt Graz leben geschätzt 15.000 Hunde. Pro Jahr werden von Hundebesitzer/innen über 1.000.000 Hundekotbeutel verwendet, um das Zusammenleben zwischen Mensch und Hund im städtischen Bereich so sauber wie möglich zu gestalten. Aus 350 Spendern im gesamten Stadtgebiet kann man sie entnehmen.

Nun gebe ich zu bedenken, dass ein solcher Plastik-Hundekotbeutel mehr als 100 Jahre benötigt, bis die Umwelt ihn abgebaut hat. 1.000.000 Beutel pro Jahr x 100 Jahre für den Abbau – was das in Summe für eine Umweltbelastung ausmacht, kann man sich ausdenken. Es gäbe aber die Möglichkeit, biologisch abbaubare Hundekotbeutel anzubieten, die viele Gemeinden – wie z.B. Knittelfeld – bereits wohlwollend angenommen haben. Diese Beutel zerfallen innerhalb von 40 Tagen in einer gesunden kompostierbaren Umwelt, weil keine auf Polyethylen basierenden Bestandteile beinhaltet sind.

Deshalb stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz und der Holding Graz werden ersucht, bei den Hundkotsackerln auf eine umweltfreundliche (leicht abbaubare) Alternative umzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Obstbäume und Obststräucher anpflanzen

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Grünraum wird immer mehr wertgeschätzt von den Menschen, vor allem wenn sie in Städten wohnen. Freie Flächen sind in Ballungszentren knapp, auch in Graz. Mit der „Grünraumoffensive“ handelt die Stadt da gerade richtig. Grünflächen sollen gekauft oder über eine Zwischennutzung der Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Vor allem die Bezirke Gries und Jakomini benötigen dies dringend.

Wenn öffentlicher Grünraum der Bevölkerung zugänglich gemacht wird, wäre es wünschenswert, dass in den Parks auch Bereiche mit öffentlich zugänglichen und nutzbaren Obstbäumen und -sträuchern geschaffen werden, wo man nach Lust und Laune frische Früchte ernten und kosten kann. Derartige Parks und Bereiche – man denke beispielsweise an den Naschgarten in Andritz – erfreuen sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Außerdem würde diese zusätzliche Nutzungsmöglichkeit zu einer Aufwertung der öffentlichen Parkflächen beitragen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Abteilung für Grünraum und Gewässer wird ersucht, in Kooperation mit der Holding dafür zu sorgen, dass bei der Gestaltung von Parks und Grünflächen im öffentlichen Raum künftig mehr Obstbäume und -sträucher gepflanzt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Postkasten Lendplatz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Schließen des Postpartners am Lendplatz hat dazu geführt, dass nun auch kein Briefkasten mehr verfügbar ist. Und das auf einem der zentralen und meistfrequentierten Plätze in der Landeshauptstadt – ein für TouristInnen wie auch BewohnerInnen untragbares Minus-Service seitens der Post.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge namens der Stadt Graz ehebaldigst mit der Post AG Kontakt aufnehmen und diese auffordern, auf dem Lendplatz zumindest wieder einen Briefkasten zu situieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Naturnaher Generationenspielplatz/Lehrpfad im Bereich Auwiesen

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Naherholungsgebiet „Auwiesen“ wird von sehr vielen Grazer Familien mit Kindern genutzt – ein idealer Ort, um Groß und Klein gemeinsam den Naturraum „Mur und Muraunen“ näher zu bringen. Dies sollte einerseits mit speziellen Plätzen – wie einem Generationenspielplatz, der sich an den Bedürfnissen der Kinder und auch der älteren Menschen orientiert – und andererseits mit einem Naturlehrpfad, der für alle Generationen einen Mehrwert darstellt, umgesetzt werden.

Kinder eignen sich die Welt spielerisch an. Sie brauchen Raum, wo sie sich frei bewegen können, wo sie in der Natur ihre Umwelt begreifen und erfahren können, wo sie die Möglichkeit haben, aktiv Tiere und Pflanzen zu beobachten und zu „erleben“. Dies ist aber auch für Erwachsene und somit für die ganze Familie eine wichtige und schöne Erfahrung, gerade auch im gemeinsamen Entdecken und Erleben.

Da es in Liebenau keinen naturnahen Kinderspielplatz gibt und sich die Gegebenheiten im Bereich „Auwiesen“ ideal dafür eignen würden (Fauna und Flora), würde die Errichtung eines Generationenspielplatzes in Verbindung mit einem Naturlehrpfad in diesem Naherholungsgebiet einen wichtigen Schritt zur Steigerung der Lebensqualität und Naturverbundenheit darstellen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen beauftragt werden, die Errichtung eines naturnahen Generationenspielplatzes und eines Naturlehrpfades im Naherholungsgebiet „Auwiesen“ zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Verlegung der Hundewiese im Grazer Augarten

GR. **Mogel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Jahren ist die Hundewiese im Grazer Augarten Anlass für heftige Diskussionen zwischen Anrainern, Bezirksrat Jakomini und Magistrat Graz. Unmittelbar nach der Errichtung der Hundewiese, die grundsätzlich von allen – BR, Magistrat, Bürgern – befürwortet und auch genutzt wurde und wird, hat sich herausgestellt, dass die Lärmentwicklung für die in unmittelbarer Nachbarschaft lebenden Menschen zeitweise als unzumutbar bezeichnet werden muss. Abgesehen von der zuweilen eindeutig zu hohen durch Hundegebell und Kommandos der Hundebesitzer verursachten Lautstärke - dies haben Lärmpegelmessungen ergeben - ist vor allem die unregelmäßig über den Tag verteilte Lärmentwicklung Anlass zum Missfallen.

Zahlreiche Versuche einer Verbesserung dieser Situation blieben bislang erfolglos. Eine im Dezember des Jahres 2013 angekündigte Errichtung einer Lärmschutzwand ist aus unbekanntem Gründen gescheitert. Auch Vorsprachen des Bezirksrates von Jakomini sowie leidgeplagter Anrainer bei den zuständigen Stellen des Magistrates Graz konnten keine Wirkung erzielen. Selbst die Berichterstattung im Rahmen der ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ am 17. Mai 2014 hat zu keinen weiteren Ergebnissen geführt. Der Leidensdruck der umliegend wohnenden Bürger wird unterdessen aber immer größer.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, umgehend geeignete Maßnahmen – sei es durch Verlegung der Hundewiese, Errichtung einer Lärmschutzwand oder zeitliche Einschränkungen – zu ergreifen, um die im Motivenbericht geschilderte Situation der in Nachbarschaft zur Hundewiese Augarten lebenden Bürger, möglichst noch mit Frühjahr 2015 beginnend, zu entschärfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 17.03 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel, MA

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb